

Flemig, Günter; Legler, Harald; Schmidt, Klaus-Dieter; Soltwedel, Rüdiger

Article — Digitized Version

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahreswende 1973/74

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Flemig, Günter; Legler, Harald; Schmidt, Klaus-Dieter; Soltwedel, Rüdiger (1973) : Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahreswende 1973/74, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 27-44

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3283>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft zur Jahreswende 1973/74

Von

Günter Flemig, Harald Legler, Klaus-Dieter Schmidt und Rüdiger Soltwedel

1. Die Schwierigkeiten mit der Ölversorgung überschatten das wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in den anderen Industrieländern der westlichen Welt. Nur wenige Wochen nach den Lieferkürzungen der OAPEC-Länder zeigen sich bereits erste Spuren einer Energiekrise, die — wenn sie sich verschärft — spürbare Produktionsausfälle und zunehmende Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird.

Die Energieverknappung trifft die westdeutsche Wirtschaft in einer ohnehin kritischen Phase: Der harte Stabilisierungskurs von Bundesregierung und Bundesbank hat den Konjunkturaufschwung überraschend schnell gestoppt. Deutlicher noch als die statistischen Daten, die bislang nur bis Oktober reichen und in denen sich daher die Auswirkungen der Energieverknappung noch nicht zeigen können, lassen Äußerungen von Investoren und Verbrauchern erkennen, daß es weithin an Vertrauen in einen Fortgang der wirtschaftlichen Expansion fehlt. Hinzu kommt, daß nunmehr strukturelle Schwächen der westdeutschen Wirtschaft wieder stärker hervortreten; auch dies verstärkt die Furcht vor einer Rezession.

Die Gefahren, die dem Prozeß der Stabilisierung des Preisniveaus bislang von der Nachfrageseite her drohten, haben sich damit merklich vermindert. Doch besteht nun die Gefahr, daß das Inflationskarussell von den beschleunigt steigenden Kosten erneut angestoßen wird. Zu dem kräftigen Anstieg der Lohnstückkosten gesellt sich die drastische Verteuerung wichtiger Energieträger.

Die steigenden Kosten werden beschleunigt steigende Preise nach sich ziehen oder — soweit sie nicht mehr voll überwältigt werden können — zu einem verstärkten Beschäftigungsrückgang führen. Wahrscheinlich ist sogar, daß sich die Verantwortlichen 1974 gleichzeitig mit zunehmendem inflatorischen Druck und zunehmender Arbeitslosigkeit konfrontiert sehen werden; diese Gefahr ist nach dem jüngsten Tarifabschluß in der Eisen- und Stahlindustrie, der aller Voraussicht nach Richtschnur für die Lohnverhandlungen der nächsten Monate sein wird, erheblich gewachsen.

Rasche Talfahrt

2. In den Herbstmonaten 1973 verstärkte sich der konjunkturelle Abschwung, der um die Jahresmitte unter dem Druck der Stabilisierungsmaßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank in Gang gekommen war. Eingeleitet wurde er durch ein weitreichendes Bündel fiskalpolitischer Maßnahmen, intensiviert dann durch eine zunehmend restriktive monetäre Politik, die wirksam werden konnte, nachdem für eine weitgehende außenwirtschaftliche Absicherung gesorgt worden war.

3. Der Kern des Abschwungs liegt im Rückgang der Inlandsnachfrage nach Ausrüstungsgütern und Bauleistungen — jenen Bereichen, die durch das Stabilisierungsprogramm am härtesten getroffen wurden und auch getroffen werden sollten. Obwohl die Auslandsnachfrage den Abschwung spürbar bremste, haben die kontraktiven Tendenzen rasch auch auf andere Bereiche übergreifen. Sie werden durch den Nachfrageausfall infolge der drohenden Energiekrise noch verstärkt. Rund ein halbes Jahr nach Verkündung des Stabilisierungsprogramms

ist die konjunkturelle Situation nicht mehr allein durch die — angestrebte — Dämpfung der Nachfrageexpansion, sondern durch die Gefahr einer Stagnation, ja sogar durch die eines Rückschlages bei Produktion und Beschäftigung gekennzeichnet.

Rückläufige Investitionsneigung

4. Wie rasch die Investitionsneigung der Unternehmen nach dem Inkrafttreten des Stabilisierungsprogramms erlahmt ist, zeigt sich vor allem beim Auftragseingang im Maschinenbau, der — seit dem kräftigen Auftragsstoß im Mai — ununterbrochen rückläufig ist, und zwar auf breiter Front (Schaubild 1):

- Die Bestellungen von Maschinen für die Bauwirtschaft gingen von Mai bis Oktober (saisonbereinigt) um mehr als die Hälfte zurück. Die recht pessimistischen Geschäftserwartungen dieses Wirtschaftszweiges machen es unwahrscheinlich, daß die Tal-fahrt schon binnen kurzem zum Stillstand kommen wird.
- Rückläufig war auch der Bestelleingang aus den Verbrauchsgüterindustrien — offenbar eine Reaktion auf die gedämpfte Verbrauchskonjunktur in den Sommer- und Herbstmonaten. Vor allem aus den strukturschwachen Bereichen, wie der Textil- und Schuh-industrie, ließ der Ordereingang stark nach.
- Selbst in den Grundstoffindustrien, die sich gegenwärtig noch auf der Sonnenseite der Konjunktur befinden und bei denen die Kapazitäten noch stark ausgelastet sind, hat die Investitionsneigung merklich nachgelassen. Dies zeigt, daß man auch dort die künftigen Absatzchancen nicht so optimistisch einschätzt, als daß ein weiterer Kapazitätsausbau gerechtfertigt wäre.
- Auch die Investitionsgüterhersteller haben angesichts dieser Entwicklung ihre Auf-tragsvergabe eingeschränkt. Die Nachfrage nach den für diesen Bereich typischen Ausrüstungsgütern ist seit dem Frühsommer spürbar geschrumpft.

5. Wenn es insgesamt noch zu keinem stärkeren Rückgang im Auftragseingang bei den Investitionsgüterindustrien gekommen ist, so vor allem deshalb, weil sich der Nachfrage-rückgang in der elektronischen Industrie zur Jahresmitte während der letzten Monate nicht fortsetzte. Gerade in diesem Bereich gibt es eine große Gruppe von Investoren, die ihre Projekte weitgehend unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage durchziehen, wie die Energiewirtschaft, die Bundesbahn und die Bundespost. Der Planung nach zu urteilen, ist hier auch für 1974 mit einer deutlich verstärkten Investitionstätigkeit zu rechnen, was jedoch den zu erwartenden weiteren Nachfragerückgang in anderen Bereichen bei weitem nicht kompensieren dürfte. Da bei den Investitionsgüterherstellern diesmal nur verhältnis-mäßig geringe Reserven an unerledigten Aufträgen vorhanden sind, dürfte auch die In-vestitionstätigkeit im Laufe des nächsten Jahres merklich schrumpfen.

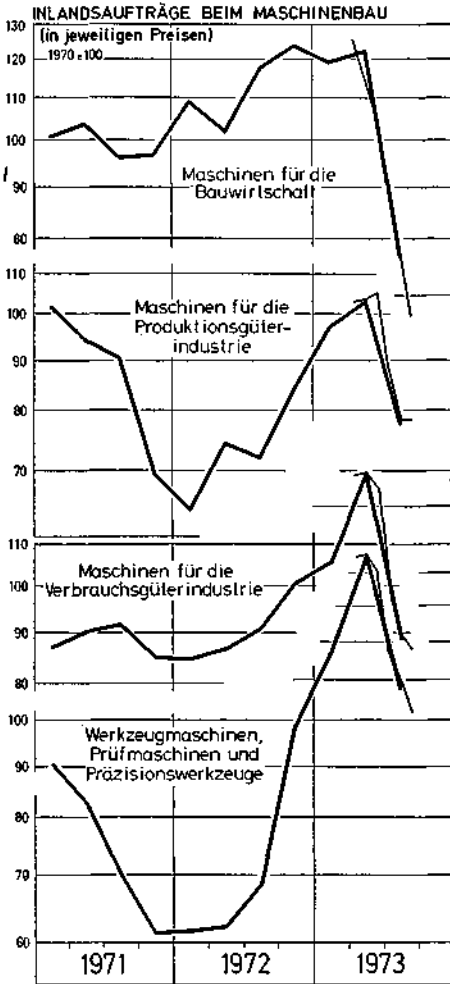
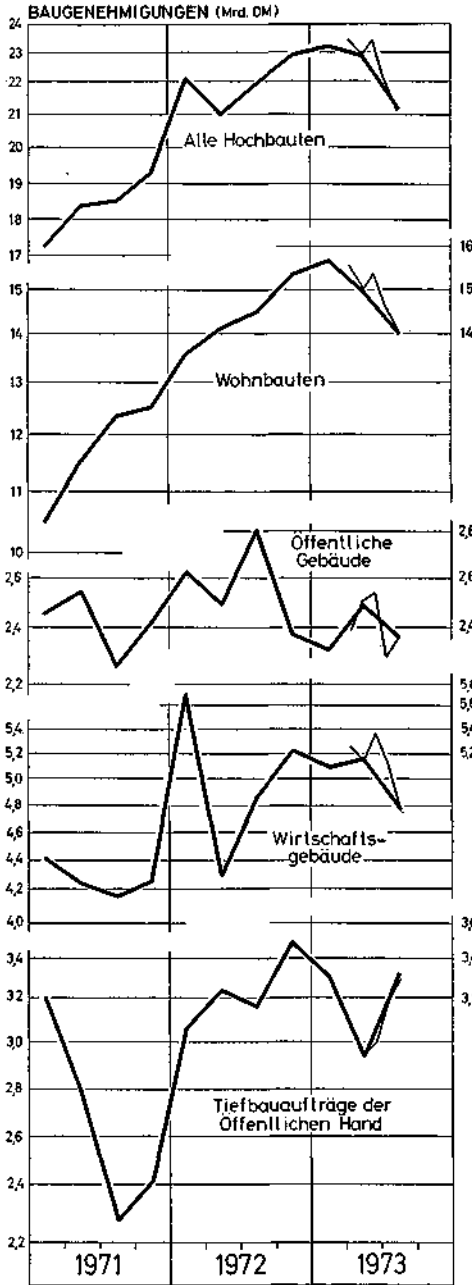
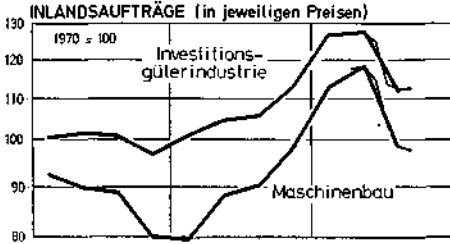
6. In der Bauwirtschaft, die sich in der Konjunkturflaute von 1971/72 als Stütze erwiesen hatte, fehlte es diesmal an Aufträgen, um das bisherige Produktionsniveau aufrechtzuerhal-ten.

- Im Wohnungsbau trat die beabsichtigte nachfragedämpfende Wirkung der monetären und fiskalpolitischen Restriktionen prompt ein: Die erteilten Baugenehmigungen sind in den letzten Monaten beschleunigt zurückgegangen; gemessen an den veran-schlagten Baukosten waren sie im September um 11 vH niedriger als im Vorjahr. Dar-über hinaus haben auch viele, die im Besitz eines Bauscheins waren, den Baubeginn vertagt oder auf die Durchführung des Bauvorhabens ganz verzichtet, wie die Statistik der Auftragseingänge zeigt: Diese lagen im September um 24 vH niedriger als im Vor-

Schaubild 1

INDIKATOREN ZUR INVESTITIONSKONJUNKTUR^a

(Saisonbereinigt)



Quartals- und Monatswerte (geplättelt).

LIW Kiel

jahr. Hierzu mögen vor allem Finanzierungsschwierigkeiten beigetragen haben, bei Miet- und Eigentumswohnungen aber auch ein Überangebot, da Wohnungen bei den hohen Baupreisen und Zinssätzen kaum noch rentabel vermietet oder verkauft werden können.

- Die Genehmigungen von gewerblichen Bauten hielten sich dagegen auf dem bisherigen Niveau. Da jedoch der Zeitraum zwischen Antragsstellung und Genehmigung hier recht lang ist, dürfte es sich dabei vor allem um Bauprojekte handeln, von denen ein Teil schon im vergangenen Jahr beantragt worden war, als sich die konjunkturelle Flaute noch nicht abzeichnete. Unter den veränderten Bedingungen dürften viele Unternehmen jedoch den Baubeginn hinausgeschoben haben.
- Im öffentlichen Bau verlief die Entwicklung in den letzten Monaten uneinheitlich: Während bei Hochbauten die Entwicklung leicht nach unten gerichtet war, hat sich die Auftragsvergabe vor allem im Straßenbau, die seit dem Herbst 1972 rückläufig war, wieder merklich belebt. Das Niveau vom Herbst 1972 wurde inzwischen überschritten. Offenbar haben die Gebietskörperschaften die Zurückhaltung, die ihnen das Stabilisierungsprogramm auferlegte, nun weitgehend aufgegeben.

In den kommenden Monaten dürfte die Baunachfrage der Privaten zunächst noch weiter nachlassen, die der öffentlichen Hand indes zunehmen. In welchem Ausmaß es zu Produktionseinschränkungen und Entlassungen kommen wird, ist ungewiß.

Schwache Zunahme des privaten Verbrauchs

7. Dem bekannten zyklischen Muster hätte es durchaus entsprochen, wenn eine Phase rückläufiger Investitionskonjunktur mit einer Phase aufholender Verbrauchskonjunktur zusammengefallen wäre. Seit dem Frühsommer hat jedoch der Anstieg der Verbrauchsausgaben merklich nachgelassen; preisbereinigt ist er sogar zum Stillstand gekommen. Die realen Einzelhandelsumsätze dürften im zweiten Halbjahr 1973 das Vorjahrsergebnis nur knapp übertroffen haben. Diese Entwicklung überrascht um so mehr, als die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte beschleunigt expandierten.

8. Besonders bemerkenswert war die Zurückhaltung der Käufer bei dauerhaften Konsumgütern, insbesondere beim Kauf von Kraftfahrzeugen. In den Monaten Juli bis September 1973, in einer Zeit, die noch nicht von der drohenden Energiekrise überschattet war, wurden 6 vH weniger Personenwagen neu zugelassen als ein Jahr zuvor — eine Entwicklung, die sich im vierten Quartal 1973 verstärkt fortgesetzt haben dürfte. Dafür war wohl ausschlaggebend, daß sich die Realeinkommenserwartungen in breiten Bevölkerungsschichten zunehmend verschlechterten, darüber hinaus aber auch die Furcht, daß sich die Haltung von Kraftfahrzeugen bei einer Energiekrise drastisch verteuern könnte. Offenbar verhalten sich in letzter Zeit die Verbraucher in zunehmendem Maße bei ihren Kaufentscheidungen ähnlich wie die Investoren: Sie schränken ihre Ausgaben vor allem für langlebige Gebrauchsgüter immer dann ein, wenn die Einkommenserwartungen ungünstiger werden.

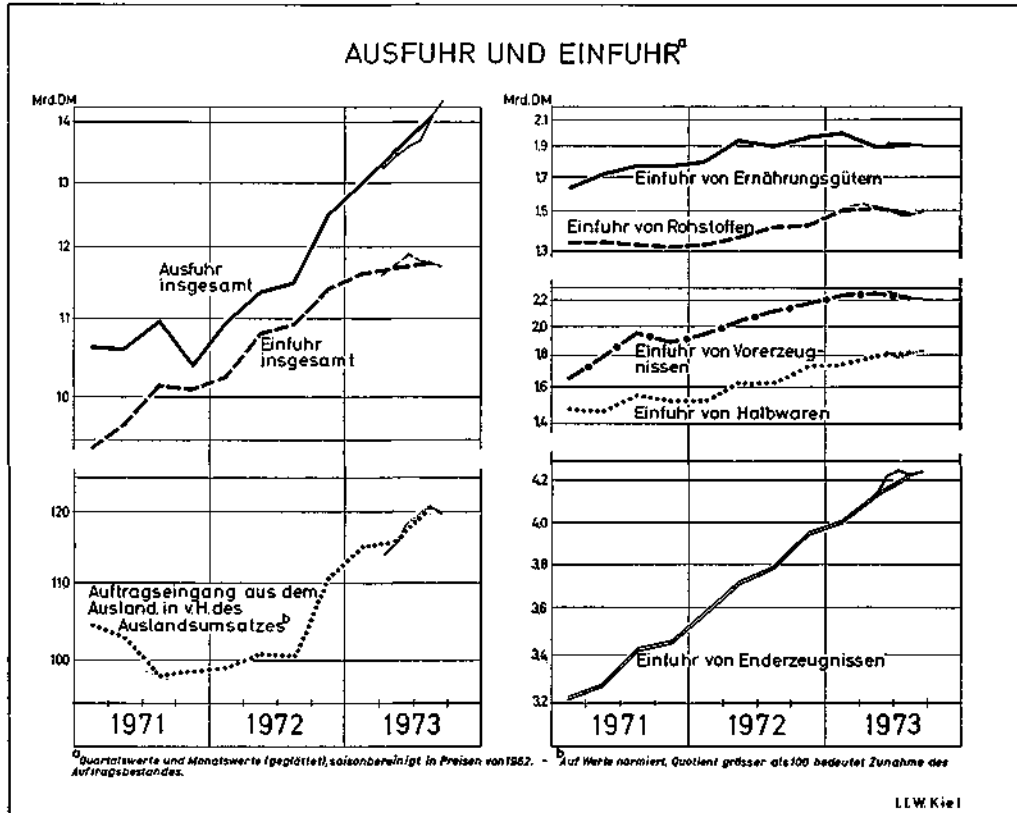
9. Angesichts dieser Zurückhaltung der Verbraucher war der Handel eher auf die Verminderung der Lagerbestände bedacht. Die Bestellungen bei den Verbrauchsgüterindustrien gingen daher spürbar zurück, in der Textil- und Schuhindustrie sogar recht kräftig. Neben den gedämpften Absatzerwartungen waren es nicht zuletzt die hohen Kreditkosten, die den Handel vorsichtiger disponieren ließen.

Auch in der Industrie dürfte es nur noch zu einem geringen Lageraufbau gekommen sein. Die Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten wurde schon um die Jahresmitte merklich gedrosselt, die Produktion von Fertigwaren weitgehend dem verlangsamten Anstieg der Auftragsgänge angepaßt. Nur in den Bereichen, die von einem kräftigen Nachfragerückgang überrascht wurden, sind die Fertigwarenbestände deutlich gestiegen; das gilt vor allem für die Automobilindustrie und einige Zulieferindustrien, die wegen der hohen Bestände bereits Kurzarbeit ankündigen mußten.

Auslandsnachfrage weiterhin Konjunkturstütze

10. Die Absatzlage vieler Branchen wäre wahrscheinlich ungünstiger, wenn nicht die Auslandsnachfrage bis zuletzt zügig gestiegen wäre (Schaubild 2). Eine dämpfende Wirkung, die man aufgrund der kräftigen Höherbewertung der D-Mark hätte erwarten können (zeitweise bis über 20 vH, verglichen mit den Leitkursen von Ende 1972), war bislang nicht zu konstatieren. Der weltweite Konjunkturaufschwung hatte dazu geführt, daß in den meisten Ländern die Kapazitäten voll ausgelastet sind; unter diesen Umständen waren die ausländischen Abnehmer auch bereit, höhere Preise zu zahlen, wenn sie mit einer raschen Belieferung rechnen konnten. Den Exporteuren gelang es nicht nur, die aufwertungsbedingte Verteuerung zu überwälzen, sondern auch die DM-Preise weiter heraufzusetzen, und zwar nicht nur für Investitionsgüter, bei denen die Preiselastizität ohnehin gering ist, sondern auch bei Gütern, die eher Massengutcharakter haben, wie bei Eisen- und Stahl-erzeugnissen und chemischen Produkten.

Schaubild 2

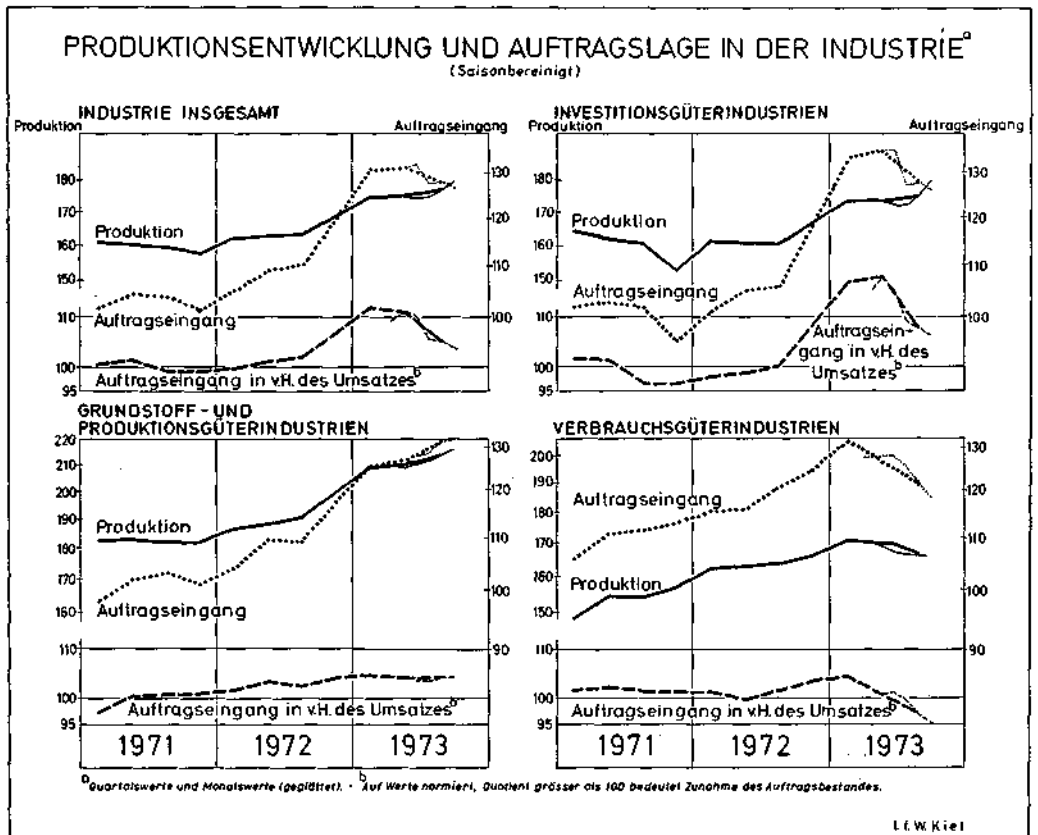


11. Obwohl die reale Warenausfuhr in den letzten Monaten mit einer Jahresrate von 15 vH expandierte, wurden die Auftragsbestände weiter aufgestockt. Die hohen Auftragspolster lassen erwarten, daß die Warenausfuhr, soweit dem nicht Engpässe in der Ölversorgung entgegenstehen, in den nächsten Monaten weiter steigen wird. Dies dürfte selbst dann der Fall sein, wenn der Bestelleingang bei einer durch die Energiekrise ausgelösten weltweiten Rezession kräftiger als erwartet zurückgehen sollte. Dabei darf man auch nicht übersehen, daß sich durch die in den letzten Wochen eingetretene schwächere Bewertung der D-Mark an den Devisenmärkten (seit Mitte Juli hat sich der damalige effektive Aufwertungssatz um rund 8 Prozentpunkte vermindert) die Wettbewerbsposition inländischer Unternehmen wieder etwas verbessert hat.

Verstärkte Differenzierung der industriellen Produktion

12. Insgesamt blieb die Nachfrage bis zuletzt hoch genug, um eine befriedigende Auslastung der Kapazitäten auch für die nächsten Monate zu sichern. In einzelnen Bereichen wurden die Auftragsbestände schon angegriffen, in anderen aber auch weiter aufgebaut, insbesondere in den exportintensiven Branchen. Die Industrieproduktion, die um die Jahresmitte spürbar geschrumpft war, nahm (nach den bis Oktober reichenden Daten) wieder leicht zu (Schaubild 3). Der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten ist dennoch weiter gesunken, alles in allem aber noch nicht unter jenes Niveau, das als normal anzusehen ist.

Schaubild 3



13. Wie stets im beginnenden Konjunkturabschwung kam es zu einer stärkeren Differenzierung der Branchenkonjunkturen:

- Eine merkliche Zunahme der Produktion war noch in jenen Branchen zu verzeichnen, die im Sog der steigenden Auslandsnachfrage standen. Das gilt vor allem für die eisenschaffende Industrie und die chemische Industrie (wo außerdem auch die inländische Nachfrage deutlich zunahm), aber auch für die elektrotechnische sowie die feinmechanische und optische Industrie.
- In den meisten Zweigen der Investitionsgüterindustrie, wo sich zur aufwärtsgerichteten Auslandsnachfrage eine rückläufige Inlandsnachfrage gesellte, wurde dagegen die Produktion kaum noch ausgeweitet. Dies war auch im Maschinenbau der Fall, der seine Auftragsbestände dadurch sogar noch etwas aufstocken konnte.
- Im Verbrauchsgüterbereich führten die zurückhaltenden Dispositionen des Handels und der wachsende Konkurrenzdruck der ausländischen Anbieter vielfach zu Produktionseinschränkungen. Am stärksten war der Rückgang bei der Bekleidungsindustrie; aber auch in der Textilindustrie, der Lederverarbeitenden Industrie und der Schuhindustrie sank die Produktion. Dabei handelt es sich freilich überwiegend um strukturschwache Branchen. Die heraufziehende Konjunkturflaute hat diese strukturellen Schwächen nur akzentuiert.

14. Da auch in den Bereichen außerhalb der Industrie, namentlich im Handel und in der Bauwirtschaft, retardierende Einflüsse wirksam waren und zudem der frühe Wintereinbruch die Tätigkeit in den witterungsabhängigen Bereichen stark behinderte, hat die gesamtwirtschaftliche Produktion, gemessen am Bruttosozialprodukt zu konstanten Preisen, wohl nur noch wenig zugenommen. Lediglich im Vorjahresvergleich ergibt sich noch eine hohe Zuwachsrate, die für das zweite Halbjahr 1973 auf rund 5 vH zu veranschlagen ist.

15. In den kommenden Monaten dürfte sich der Produktionsanstieg weiter verlangsamen und möglicherweise zum Stillstand kommen; der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten wird merklich sinken. Von Stagnation oder Produktionsrückgängen bedroht sind vor allem jene Bereiche, die von den direkten und indirekten Folgen der Mineralölverknappung besonders betroffen sind (Ziffern 36 ff.). Dagegen dürfte die Produktion in anderen Bereichen weiter steigen, namentlich dort, wo noch relativ große Auftragspolster vorhanden sind und wo auch weiterhin mit einer — wenn auch abgeschwächt — expandierenden Nachfrage gerechnet werden kann; das gilt vor allem für die exportintensiven Zweige.

Stagnation der Wareneinfuhr

16. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß die Wareneinfuhr stark auf konjunkturelle Veränderungen reagiert. Die Importe sind seit der Jahresmitte 1973 kaum noch gestiegen, obwohl infolge der kräftigen Höherbewertung der D-Mark das ausländische Angebot erheblich an Attraktivität gewann. Neben der sich abzeichnenden konjunkturellen Flaute trug hierzu auch die mäßige Einfuhrzunahme von Ernährungsgütern bei. Ausschlaggebend blieb aber die verringerte Importneigung der gewerblichen Wirtschaft.

Da die Tendenz zur Lageraufstockung deutlich nachließ, kam es bei nur geringem Anstieg der Industrieproduktion zu einem Rückgang der Einfuhr von industriellen Vorprodukten. Das Gesamtbild war dabei recht differenziert: Die Bezüge von Halbwaren nahmen unvermindert zu, eine Folge der überdurchschnittlichen Expansion in der chemischen und in der eisenschaffenden Industrie. Die Einfuhr von Rohstoffen und Vor-

erzeugnissen ging dagegen spürbar zurück. Hier dürfte das hohe Niveau der Weltmarktpreise die ohnehin zurückhaltenden Einfuhrdispositionen noch verstärkt haben, da — vom Mineralöl einmal abgesehen — nicht mit einer weiteren Erhöhung der Weltmarktpreise gerechnet wurde.

Offenbar wegen der begrenzten Lieferfähigkeit des Auslands gingen auch die Bezüge von Investitionsgütern in den Sommermonaten deutlich zurück; erst in den letzten Monaten nahmen sie wieder etwas zu. Die Einfuhr von Verbrauchsgütern stieg indes beschleunigt, ihr Anteil am privaten Verbrauch erhöhte sich damit weiter.

An der insgesamt schwachen Einfuhrentwicklung dürfte sich vorerst auch nicht viel ändern: Die Investitionsneigung wird weiter zurückgehen, und die reale Nachfrage der privaten Haushalte dürfte nur wenig steigen. Die Tendenz zu hohen Ausfuhrüberschüssen wird also anhalten.

Zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

17. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist charakterisiert durch nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften (gemessen an der Zahl der offenen Stellen), kontinuierlich steigende Arbeitslosigkeit und sprunghaft zunehmende Kurzarbeit. Von vielen Seiten wird behauptet, die Arbeitsmarktindikatoren zeichnen bereits ein düsteres Bild als im Herbst 1966. In der Tat liegt gegenwärtig die Zahl der Arbeitslosen um mehr als die Hälfte und die der Kurzarbeiter um rund das Doppelte höher als damals. Während aber seinerzeit die Auflockerung des Arbeitsmarktes alle Wirtschaftsbereiche im gleichen Maße betraf, zeigt sich diesmal eine deutliche Differenzierung: So ist das Arbeitsplatzangebot beispielsweise für Metall- und Elektrikerberufe immer noch groß, während es in der Textil- und Bekleidungsindustrie und in der Bauwirtschaft stark zurückgegangen ist. Auch in den meisten Dienstleistungsberufen, vor allem aber bei den kaufmännischen Berufen, zeigt sich eine spürbare Verringerung des Stellenangebots. Dies dürfte zum einen auf verstärkte Rationalisierungsbemühungen, zum anderen aber auch auf die Zunahme des Angebots weiblicher Arbeitskräfte zurückzuführen sein, die oftmals Teilzeitarbeit suchen, ohne daß dafür ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. So ist die Zahl der weiblichen Arbeitslosen stärker gestiegen als die der männlichen, ebenso wie die Zahl der offenen Stellen für Frauen stärker abgenommen hat als die für Männer.

18. In den kommenden Monaten dürfte die Nachfrage nach Arbeitskräften auch in jenen Bereichen nachlassen, die ihre Beschäftigtenzahl, wie zum Beispiel die Industrie, zuletzt noch erhöht haben. Insgesamt werden die Unternehmen bestrebt sein, die Beschäftigtenzahl zu reduzieren; überwiegend wird das dadurch gelingen, daß ausscheidende Arbeitskräfte nicht ersetzt werden; hier und da wird es auch verstärkt zu Entlassungen kommen. Das wird vor allem dort der Fall sein, wo mit spürbaren Auswirkungen der Ölverknappung zu rechnen ist.

Lohnpolitik auf Kollisionskurs

19. Die Lohnpolitik ist von dem konjunkturellen Klimawechsel bislang unbeeinflusst geblieben. Die neue Lohnrunde im Spätherbst 1973 begann so, wie die alte endete, also mit Tarifabschlüssen deutlich oberhalb der 10 vH-Marke. In der eisenschaffenden Industrie, die diesmal den Vorreiter spielte, einigte man sich auf eine Tarifierhöhung von 11 vH (für einen Zeitraum von 10½ Monaten); einschließlich der vereinbarten Nebenleistungen entsprach dies, auf eine Laufzeit von 12 Monaten umgerechnet und unter Berücksichtigung

des um einen Monat vorgezogenen Inkrafttretens, einer tatsächlichen Tariflohnsteigerung von rund 15 vH. Bereits seit dem Spätsommer hatte es in vielen Bereichen, insbesondere dort, wo es Anfang 1973 zu maßvollen Abschlüssen gekommen war, Nachbesserungen gegeben, die teils als Teuerungszulage deklariert, teils mit dem Deckmantel von Lohnrahmenverträgen kaschiert worden waren. So einigten sich im Oktober nach kurzem Arbeitskampf die Tarifpartner in der Metallindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden auf einen neuen Manteltarifvertrag, der das Lohnkostenniveau um mindestens 2 vH angehoben haben dürfte.

20. Man wird wohl davon auszugehen haben, daß der Tarifabschluß in der eisenschaffenden Industrie Richtschnur für die Tarifverhandlungen der nächsten Monate sein wird; die bisher bekannt gewordenen Forderungen für die Metallindustrie und den öffentlichen Dienst lassen daran wenig Zweifel. Die Erfahrung lehrt, daß hohe Tarifabschlüsse in einigen Branchen die Einkommenserwartungen der Arbeitnehmer in anderen Bereichen entscheidend bestimmen. Die Gewerkschaften werden sich an diesen Erwartungen orientieren müssen, insbesondere in einer Zeit anhaltender oder sogar beschleunigter Preissteigerungen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, von spontanen Aktionen überrollt zu werden. Andererseits scheinen die Arbeitgeber in der Phase rückläufiger Konjunktur nun eher bereit, einen Arbeitskampf zu riskieren, allerdings wohl nur insoweit, als sie nicht eine deutliche Verschlechterung des sozialen Klimas befürchten müssen.

21. Soll unter diesen Bedingungen 1974 ein durch die Lohnpolitik hervorgerufener Beschäftigungseinbruch vermieden werden, so ist das nur möglich, wenn die Wirtschaftspolitik dafür sorgt, daß Kostensteigerungen überwältigt werden können. Allem Anschein nach konnten die Unternehmen 1973 — über das ganze Jahr gesehen — ihre Gewinnmargen nicht oder nur wenig ausweiten; was am Anfang des Jahres gewonnen wurde, ging im späteren Jahresverlauf wieder verloren. Ein erneut zunehmender Druck auf die Gewinne müßte die ohnehin rückläufige Investitionsneigung zusätzlich beeinträchtigen — mit allen Konsequenzen für die Beschäftigung oder die Preisentwicklung.

Beschleunigter Preisanstieg

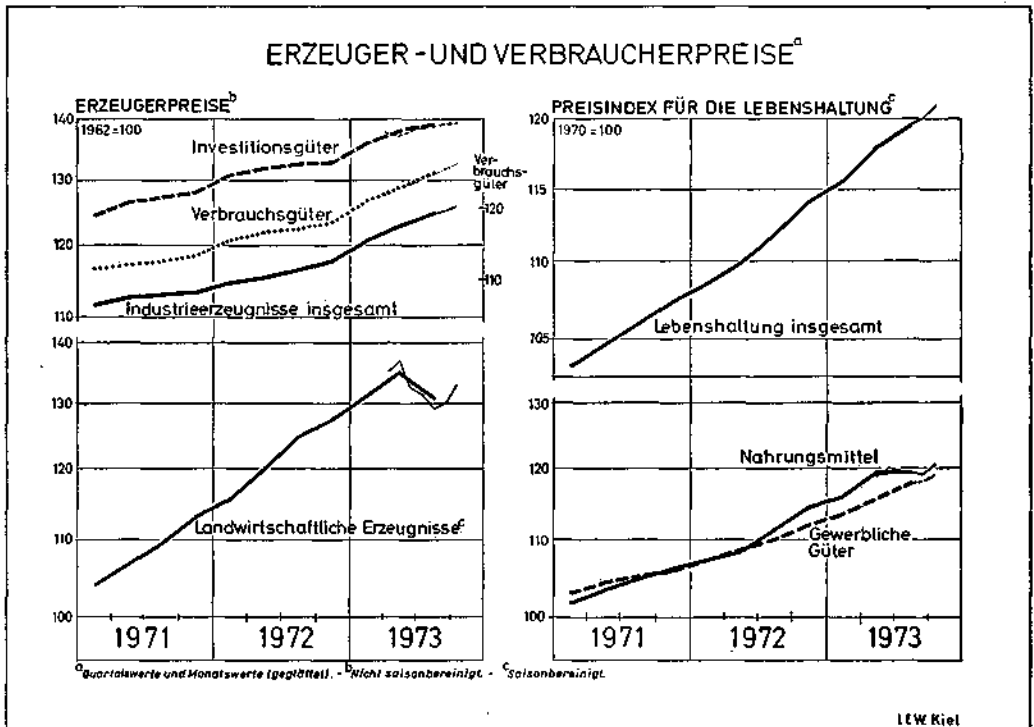
22. Vor diesem Hintergrund dürften sich die Hoffnungen auf eine Tendenzwende in der Preisentwicklung, die in den Sommermonaten durch die Verlangsamung im Anstieg des Verbraucherpreisindex verstärkt wurden, nicht erfüllen. Die Preise wurden in letzter Zeit auf breiter Front kräftig heraufgesetzt (Schaubild 4), wobei die Verteuerung der Energiekosten teils Ursache war, teils freilich auch nur als Vorwand diente.

23. Der Preisindex für die Lebenshaltung ist im Oktober und November 1973 sogar wieder beschleunigt gestiegen: saisonbereinigt und auf Jahresrate hochgerechnet um rund 10 vH; er übertraf zuletzt den Vorjahrsstand um etwa 7 vH, nachdem diese Rate im September bis auf 6,2 vH gesunken war.

Die Abschwächung während der Sommermonate beruhte ohnehin nahezu ausschließlich darauf, daß die Preise für Nahrungsmittel sanken: Hier waren es vor allem die Preise für Obst und Gemüse sowie für Rindfleisch, die infolge des vergrößerten Angebots unter Druck gerieten. Allerdings war das Ausmaß der Preisreduktion auf der Verbraucherstufe deutlich geringer als auf der Erzeugerstufe; offensichtlich sind die Handelsspannen wieder ausgeweitet worden.

Ebenso wie die Wohnungsmieten und die Preise für Dienstleistungen stiegen die Preise gewerblicher Güter in unvermindertem Tempo, zuletzt sogar beschleunigt. Dabei ver-

Schaubild 4



teuerten sich, neben Heizöl und Kraftstoffen, zumeist solche Waren am stärksten, bei denen die kräftigen Preissteigerungen bei Rohstoffen zu Buche schlugen. So zogen vor allem die Preise für Textilien, Bekleidung, Lederwaren und Möbel überdurchschnittlich stark an. Dagegen stiegen die Preise für hochwertige Gebrauchsgüter eher etwas verlangsamt; bei Kraftfahrzeugen, deren Preise in den vergangenen Jahren nach der Sommerpause stets nochmals angehoben wurden, gab es diesmal keine Verteuerungen.

24. Die Hoffnungen auf eine rasche Tendenzwende bei den Verbraucherpreisen schwanden bereits, als der kräftige Anstieg der industriellen Erzeugerpreise auch in den Sommermonaten nicht zum Stillstand kam, sondern sich unter dem Einfluß beschleunigt steigender Lohnstückkosten und der starken Verteuerung der Rohstoffe fortsetzte. Besonders stark waren die Preissteigerungen bei Verbrauchsgütern (binnen Jahresfrist $7\frac{1}{2}$ vH). Demgegenüber verlief die Preisentwicklung bei Investitionsgütern verhaltener (5 vH).

Nicht einmal auf dem Baumarkt hat sich — hält man sich an die allerdings nur bis August reichenden Daten — das Tempo des Preisanstiegs nennenswert vermindert. Der Preisindex für Wohngebäude lag noch immer um 8 vH, der für Straßenbauten um 4 vH höher als vor einem Jahr.

25. Auch wenn sich das konjunkturelle Klima in den nächsten Monaten merklich verschlechtern sollte — die Aussichten für eine Abschwächung des Preisanstiegs sind nur gering. Die Meldungen aus der Industrie und dem Handel über beabsichtigte Preiserhöhungen lassen im Gegenteil erwarten, daß es in den nächsten Monaten zu kräftigen Preisschüben kommt: Von den Weltrohstoffmärkten ist vorerst nicht mit einer nennenswerten

Entlastung zu rechnen, Energie wird sich weiter verteuern, und von den Lohnkosten wird eher ein verstärkter Druck auf die Preise ausgehen. Dies alles zusammengenommen könnte dazu führen, daß die Inflationsrate leicht jene Marke überspringt, die die Bevölkerung nicht mehr hinzunehmen bereit sein wird.

Hohe steuerliche Entzugseffekte — aber expansive Staatsausgaben

26. Nach einem zaghaften Anlauf am Jahresanfang ging die Finanzpolitik im Frühjahr mit großer Entschlossenheit auf Stabilisierungskurs. Das Gewicht der Restriktionen lag auf einnahmepolitischen Maßnahmen, die insbesondere auf eine Drosselung der privaten Investitionen zielten (Investitionssteuer, Stabilitätzuschlag, Abschreibungserschwernisse). Im Vergleich dazu wurde der private Verbrauch geringer betroffen. Hier konnte man darauf vertrauen, daß die hohe Progression der Lohnsteuer und die Anhebung der Beitragsätze in der Sozialversicherung den Anstieg der Masseneinkommen und damit der Ausgaben der privaten Haushalte bremsen würden. Aber nicht nur anderen, sondern auch sich selbst hatten die Gebietskörperschaften Sparsamkeit verordnet. So wurde die Nettokreditaufnahme drastisch eingeschränkt, Steuermehreinnahmen stillgelegt, die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgaben gekürzt und eine sparsame Haushaltsführung angeordnet.

27. Von dem positiven Urteil über die Ausgabenpolitik, wie sie sich bis zum Spätsommer darstellt, sind indes Abstriche zu machen. Ausschlaggebend hierfür war die Anhebung des Weihnachtsgeldes für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes auf ein volles Monatsgehalt. Dadurch sind die Personalkosten auch 1973 überaus stark gestiegen, unter Einfluß der Ausgaben für Personalverstärkung um rund 15 vH. Aber auch andere Ausgabenarten expandierten in letzter Zeit beschleunigt, so etwa die Ausgaben für den Straßenbau.

Betrachtet man die Ausgabenseite für das ganze Jahr 1973, so kommt man zu folgendem Urteil: Eine Zunahme der nominalen Ausgaben um reichlich 8 vH gegenüber dem Vorjahr wäre »konjunkturneutral« gewesen¹. Tatsächlich haben die Ausgaben aber um 12 vH zugenommen. Die Differenz von knapp 4 Prozentpunkten entspricht etwa $9\frac{1}{2}$ Mrd. DM (bezogen auf das Ausgabenvolumen im Jahre 1972). In dieser Höhe haben unter Zugrundelegung der mittelfristigen Zielgrößen die Ausgaben für sich genommen expansive Impulse ausgelöst.

28. Die Finanzierung der Ausgaben stieß auf keine Schwierigkeiten, da die Steuern reichlich flossen. Gegenüber der Steuerschätzung vom Februar 1973, die den Haushaltsansätzen zugrunde lag, ergaben sich Steuermehreinnahmen von knapp 8 Mrd. DM. Dies lag sowohl an den unrealistischen Eckdaten über die Entwicklung der Arbeitnehmer-einkommen als auch an der erheblichen Unterschätzung der Einnahmen aus den direkten Veranlagungssteuern und der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital. Hinter den Erwartungen zurück blieben dagegen die Einnahmen aus den Umsatzsteuern, zum einen wegen des relativ schwachen Anstiegs der Einzelhandelsumsätze, zum anderen wegen der hohen Ausfuhrüberschüsse.

Bei der Berechnung der konjunkturellen Wirkungen der Steuerpolitik ist zu berücksichtigen, daß die Steuereinnahmen im Jahre 1972 um die Erstattung des Konjunkturzuschlags vermindert, 1973 aber um das Aufkommen aus den konjunkturpolitisch motivierten Sondersteuern erhöht werden müssen. Die so bereinigte Aufkommensquote stieg von 23,1 vH

¹ Dabei wurde von einem Wachstum des Produktionspotentials um $4\frac{1}{2}$ vH und — entsprechend der mittelfristigen Zielprojektion der Bundesregierung — von einer Erhöhung des Preisniveaus um $3\frac{1}{2}$ vH ausgegangen.

im Jahre 1972 auf nunmehr 24,4 vH, das ergibt einen Entzugseffekt von $12\frac{1}{2}$ Mrd. DM. Saldiert mit dem expansiven Ausgabenimpuls von $9\frac{1}{2}$ Mrd. DM, verbleibt ein kontraktiver Effekt der Fiskalpolitik von 3 Mrd. DM. Hinzu kommen jene $2\frac{1}{2}$ Mrd. DM, die den Privaten durch die Stabilitätsanleihe entzogen worden sind. Diese Rechnung berücksichtigt jedoch nur die Liquiditätseffekte, also nicht die beträchtlich dämpfenden Wirkungen der Veränderung der Rentabilität von Investitionen.

29. Die Gebietskörperschaften beabsichtigen — einer Empfehlung des Finanzplanungsrates vom 5. November 1973 folgend —, ihre Ausgaben 1974 um 11 vH auszuweiten. Diese Zuwachsrate orientiert sich an der — freilich vor Ausbruch der Ölkrise — erwarteten Steigerungsrate des nominalen Sozialprodukts. Seinerzeit bestanden jedoch Zweifel, ob diese Rate eingehalten werden konnte, insbesondere wegen der Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst. Vorsorglich war daher beschlossen worden, auch im nächsten Jahr die Kreditaufnahme zu beschränken und Konjunkturausgleichsrücklagen anzuordnen. Im Gefolge der Ölkrise wird sich die finanzielle Lage der Gebietskörperschaften jedoch erheblich verschlechtern. Am wenigsten werden noch die Gemeinden betroffen werden, da deren Anteil an den besonders konjunktur reagiblen gemeinschaftlichen Steuern nicht sehr ins Gewicht fällt. Größere Steuerausfälle hat der Bund zu erwarten, der den höchsten Anteil an den Gemeinschaftssteuern hat; außerdem muß er bei einem Rückgang des Mineralölverbrauchs mit einer Abnahme des Mineralölsteueraufkommens von 180 Mill. DM je Prozentpunkt Minderverbrauch rechnen. Auch ohne diese Einnahmeverluste dürfte das Steueraufkommen 1974 um schätzungsweise 5 Mrd. DM unter dem Ergebnis der letzten Steuerschätzung liegen. Würde die geplante Schuldendeckelverordnung tatsächlich vollzogen, so gingen von den Haushalten 1974 insgesamt ausgeprägte restriktive Effekte aus. Hinzu kommen die Wirkungen der Sondersteuern, deren Löwenanteil erst im nächsten Jahr in die Staatskassen fließt.

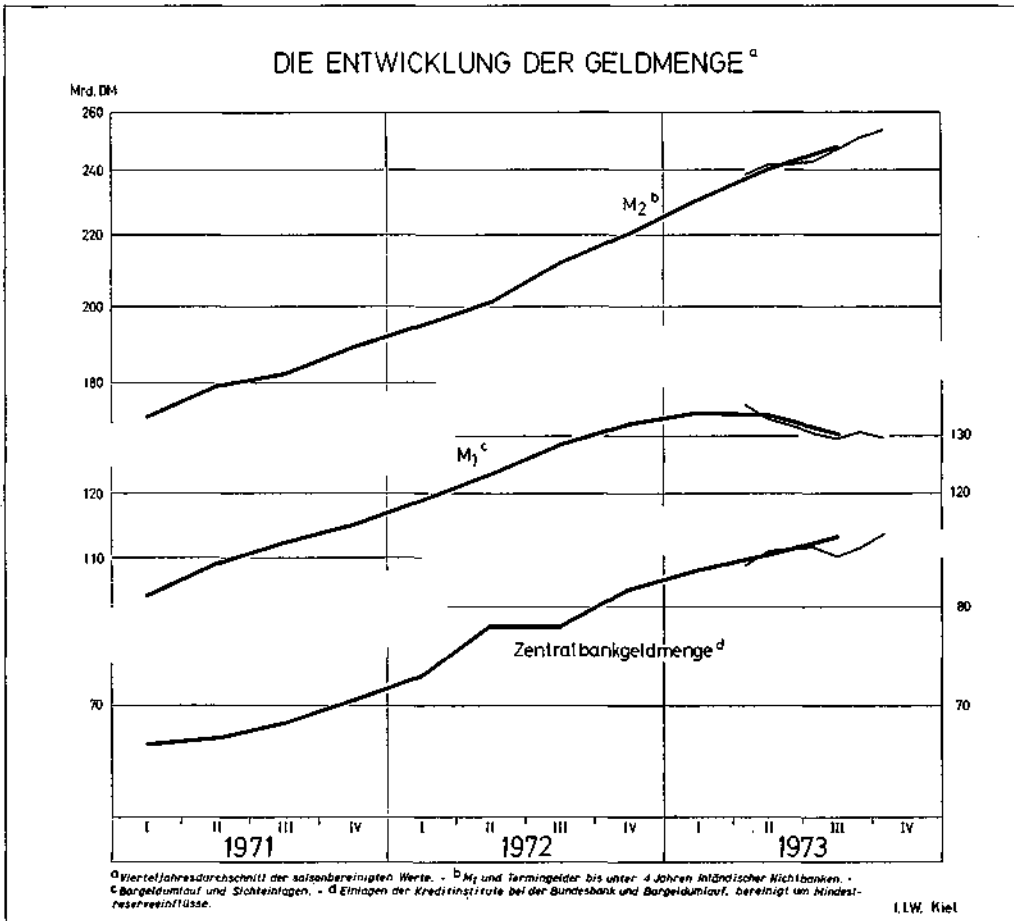
Gedrosselte Kreditexpansion

30. Die Bundesbank hat die kreditpolitischen Zügel bislang nicht gelockert. Zwar wurden Ende November die Rediskontlinien der Kreditinstitute erstmals wieder erhöht; überdies erhielten die Banken zusätzliche Lombardhilfe. Doch wurde damit nur jene Liquiditätsverknappung ausgeglichen, die durch Devisenabflüsse — im November insgesamt 2,6 Mrd. DM — entstanden waren, als die Bundesbank den Kurs der D-Mark vorübergehend stützen mußte.

Die Bundesbank setzte damit ihre Politik des knappen Geldes fort, die sie seit dem Frühjahr durch eine flexible Anwendung ihres Instrumentariums verfolgte. Hauptansatzpunkte waren die Reduzierung des Angebots an Zentralbankgeld und eine drastische Verteuerung der Kredite. Zu diesem Zweck erhöhte sie die Mindestreservesätze, kürzte die Rediskontkontingente, unterband die Lombardierung von Wertpapieren und hob die Abgabesätze für Geldmarktpapiere und den Diskontsatz kräftig an. Zur Feinsteuerung des Angebots an Zentralbankgeld bediente sie sich verstärkt der Offenmarktpolitik: Einerseits beugte sie so einer Liquiditätskrise der Banken vor, indem sie zeitweilig Wechsel mit Rückkaufsverpflichtung in sehr kurzer Frist ankauft, andererseits trat sie einer Auflockerung des Geldmarktes, insbesondere in Zeiten starker Devisenzuflüsse, durch das Anbieten von Schatzwechseln zu einem attraktiven Zins entgegen.

31. Will man beurteilen, wie restriktiv die Geldpolitik gewesen ist, so bietet sich als Indikator die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge (monetäre Basis) an, die einzige Größe,

Schaubild 5



die sie — bei lückenloser außenwirtschaftlicher Absicherung — direkt kontrollieren kann. Diese Größe hatte die Bundesbank weitgehend im Griff, abgesehen vielleicht von jenen Wochen, in denen es zu starken Devisenzuflüssen kam. Die Zentralbankgeldmenge stieg in den Monaten Juli bis Oktober nur noch mit einer Jahresrate von $6\frac{1}{2}$ vH, verglichen mit $11\frac{1}{2}$ vH in den Monaten April bis Juni (Schaubild 5).

Die Verknappung des Zentralbankgeldes führte zu einer Verringerung der Kreditexpansion, da die Banken kaum noch freie Liquiditätsreserven besaßen. Gleichwohl war die Kreditexpansion immer noch stärker als die Zunahme jenes Teils der Zentralbankgeldmenge, der für die monetäre Expansion zur Verfügung stand: Da die Zinsen für Termineinlagen kräftig anzogen — in den Sommermonaten kletterten sie vorübergehend auf über 10 vH —, sahen sich Unternehmen wie private Haushalte zu einer Umschichtung ihrer finanziellen Titel veranlaßt. Sichteinlagen wurden in Termineinlagen umgewandelt, was, für sich betrachtet, weniger Geld für Mindestreserven band. Die Folge dieser Umschichtung war, daß die Geld- und Quasi-Geldbestände (M_2) auch in den Sommermonaten immer noch

kräftig stiegen, während das Geldvolumen im engeren Sinne (M_1) deutlich schrumpfte. Dies deutet daraufhin, daß die Wirtschaftssubjekte — wie übrigens immer in der Zeit zunehmender Kreditverknappung — ihre Kassenhaltung rationalisierten, d.h. ein größeres Umsatzvolumen mit der gleichen Geldmenge bewältigten. Überdies wurde M_2 zusätzlich dadurch aufgebläht, daß die Zinsen für Spareinlagen — die nicht als Geldäquivalent gerechnet werden — an Attraktivität verloren und viele Sparer in Termineinlagen umstiegen.

32. Die strenge Kontrolle der Notenbank über die Zentralbankgeldmenge traf freilich mehr die Kreditinstitute als den Unternehmenssektor. Zum einen verstanden es viele Unternehmen, sich trotz der Kapitalverkehrskontrollen Zugang zu Auslandskrediten zu verschaffen, zum anderen hatten sie sich vorsorglich mit Krediten oder Kreditlinien eingedeckt. Viele von ihnen machten daher sogar den Banken Konkurrenz, indem sie liquide Mittel ausliehen. Überdies vermochten häufig auch die hohen Zinsen nicht vor einer Kreditaufnahme abzuschrecken, solange noch die Hoffnung bestand, diese in den Preisen abwälzen zu können.

1974: Im Schatten der Energiekrise

33. Noch vor wenigen Wochen gingen fast alle Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1974 von der Vorstellung aus, daß sich der konjunkturelle Abschwung langsam vollziehen werde und daß es insbesondere zu keinem Einbruch bei der Beschäftigung kommen würde. Diese Prognosen, die zu einer Zeit erstellt wurden, als das Ausmaß der Energiekrise noch nicht überschaubar war, oder die von der Annahme ausgingen, daß die Schwierigkeiten binnen kurzem überwunden sein würden, sind inzwischen weitgehend obsolet. Die Politik der OAPEC-Länder, die Produktion von Erdöl zu drosseln, hat in weiten Teilen der Welt zu einer tendenziellen Verknappung und Verteuerung des Energieträgers und Rohstoffes Erdöl geführt, die längerfristig tiefgreifende strukturelle Wandlungen zur Folge haben werden und — auf kurze Sicht — die Gefahr einer weltweiten Rezession verstärken. Insofern haben sich die Boykottdrohungen und das Lieferembargo gegen einzelne Länder, auch wenn sie vielleicht nicht allzu lange durchgehalten werden mögen, als eine äußerst wirksame Waffe erwiesen.

34. Zwar dürfte es feststehen, daß Energie und insbesondere Mineralöl und Mineralölprodukte für absehbare Zeit weniger reichhaltig verfügbar und vor allem teurer sein werden als in der Vergangenheit, doch läßt sich gegenwärtig über das Ausmaß der kurzfristig zu erwartenden Versorgungslücke kaum ein zuverlässiges Bild gewinnen. Schon die Absichtserklärungen der ölproduzierenden Länder sind alles andere als eindeutig, überdies muß offen bleiben, welche Handlungen diesen Erklärungen folgen werden. Zudem ist ungewiß, in welchem Umfang die nichtarabischen Länder durch höhere Lieferungen einen Ausgleich schaffen können oder wollen. Nach den gegenwärtig vorliegenden Informationen kann man davon ausgehen, daß die Verringerung des mengenmäßigen Angebots an Mineralöl im Jahre 1974 im äußersten Falle 20 vH betragen wird; bezogen auf den gesamten Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland bedeutete dies eine Energielücke von rund 10 vH. Diese Lücke ließe sich vermutlich weitgehend schließen, sei es durch die Substitution von Mineralöl durch andere Energieträger, sei es durch Einsparungen beim Energieverbrauch¹. Die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Produktionsniveaus wäre also unter dieser Annahme vom Energieangebot her nicht gefährdet.

¹ Vgl. B. Leibert, Zur Lage der Weltenergiewirtschaft (in diesem Heft).

Diese Überlegungen gelten nicht zuletzt auch in bezug auf die Industrieproduktion, zu deren Aufrechterhaltung einer drastischen Einschränkung des privaten Energieverbrauchs das Wort geredet wird. Eine solche Notwendigkeit dürfte jedoch nicht bestehen: Der Energieverbrauch der Industrie hätte sich im Jahre 1974 bei der voraussehbaren Produktionsentwicklung ohnehin verringert; je Produkteinheit sank er in den letzten zehn Jahren — wenn auch mit Schwankungen — im Jahresdurchschnitt um rund 3 vH. Allenfalls wenn die Wirtschaftspolitik eine verstärkte Ausweitung der Industrieproduktion ins Auge faßte, müßte der Energieverbrauch in den anderen Sektoren gedrosselt werden.

35. Zweifelhaft ist, ob es überhaupt genügend Nachfrage geben wird, um den von der Verfügbarkeit an Energie gezogenen verengten Produktionsrahmen auszufüllen. Die Konjunkturlage ist derzeit durch eine besonders große Labilität nicht nur im Verhalten der Investoren, sondern auch der Konsumenten gekennzeichnet. Die Erfahrungen mit früheren Konjunkturzyklen haben immer wieder gezeigt, daß die Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte in starkem Maße von Stimmungen beeinflußt werden, insbesondere auch von Stimmungen anderer Wirtschaftssubjekte. Auf diese Weise kann sich Pessimismus leicht in epidemischer Weise ausbreiten und zu einer kumulativen Verstärkung des Abschwungs führen.

Ob dieser Prozeß schon soweit fortgeschritten ist, daß daraus der westdeutschen Wirtschaft ein rezessiver Einbruch erwachsen könnte, läßt sich gegenwärtig nicht überblicken. Die Wissenschaft hat keine Mittel, die Effekte der Energiekrise auf Produktion und Beschäftigung mit hinreichender Zuverlässigkeit abzuschätzen, selbst dann nicht, wenn das genaue Ausmaß der Versorgungslücke bekannt wäre. Bestenfalls lassen sich einige Tendenzen angeben.

36. Die gesetzliche Einschränkung des privaten Kraftfahrzeugverkehrs und die Verteuerung von Benzin werden die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, die ohnehin seit dem Frühjahr 1973 rückläufig ist, weiter dämpfen; das Ausmaß hängt unter anderem davon ab, ob die Verkehrsbeschränkungen zu Beginn des Jahres 1974 aufgehoben, beibehalten oder verschärft werden. Dem Nachfragerückgang, wie er aus der Kaufenthaltung im Inland zu erwarten ist, steht möglicherweise eine verstärkte Nachfrage aus dem Ausland, vor allem aus den USA, gegenüber, wo deutsche Kraftfahrzeuge als benzinsparend gelten. Dies dürfte indes nicht ausreichen, um einen Rückgang der Produktion in der Kraftfahrzeugindustrie und den Zulieferindustrien zu verhindern. Neben verstärkter Kurzarbeit dürfte es auch zu Entlassungen kommen.

Einkommensausfälle sind auch in allen jenen Bereichen zu erwarten, die von den Auswirkungen des Sonntagsfahrverbots betroffen werden, vor allem im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe und im gesamten Freizeitsektor sowie im Tankstellengewerbe. Dabei handelt es sich weitgehend um Bereiche, die normalerweise von einem Konjunkturabschwung nur wenig berührt werden und somit die Konjunktur gestützt hätten.

Betroffen ist auch der gesamte Transportsektor, und zwar auch derjenige Teil der Transportleistungen, der im Rahmen des Werksverkehrs oder des Zulieferverkehrs abgewickelt wird. Weniger als akute Versorgungsengpässe bei Dieselöl dürften sich die gestiegenen Treibstoffpreise auswirken: Die Veränderung der Kostenstruktur dürfte schon auf kurze Sicht zu einer Umstrukturierung des Transportgewerbes zugunsten des Schienenverkehrs führen.

37. Die starke Verteuerung des Heizöls und die Furcht vor einer Verknappung, die bis zuletzt durch widersprüchliche Erklärungen der Politiker geradezu gefördert worden ist,

haben eine Bevorratungswelle ausgelöst, die einen beträchtlichen Teil des Einkommens der privaten Haushalte gebunden hat. Da in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit die Ausgabenneigung der privaten Haushalte ohnehin zurückgeht, dürften sich die retardierenden Einflüsse beim Einzelhandel eher noch verstärken.

Die Unsicherheit, ob künftig Energie in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen wird und zu welchem Preis, wird die Investitionsneigung der Unternehmen zusätzlich beeinträchtigen. Andererseits wird man davon ausgehen können, daß die weitreichenden strukturellen Änderungen, die sich heute schon abzeichnen, zu verstärkten Investitionen führen werden.

38. Wie teuer Mineralölprodukte künftig sein werden, ist nicht vorauszusagen. Es erscheint jedoch plausibel anzunehmen, daß der Benzinpreis zunächst noch weiter steigen wird, während sich die Preise für leichtes Heizöl und Dieselöl eher wieder etwas zurückbilden werden. Nicht zu kalkulieren ist indes, wie sich diese Verteuerung auf das gesamte Preisgefüge und Preisniveau auswirken wird.

39. Es ist zwar verständlich, daß die drastische Verteuerung von Treib- und Brennstoffen die Bevölkerung beunruhigt, wenngleich sie diese durch Hamsterkäufe selbst mitverursacht hat. In der Öffentlichkeit ist die Auffassung verbreitet, daß die Festsetzung von Höchstpreisen, wie sie nach dem Energiesicherungsgesetz vom 10. November 1973 möglich ist, ein wirksames Mittel sei, um Preissteigerungen auf dem Mineralölmarkt zu unterbinden. Durch Höchstpreise — darauf hat auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft in einem Gutachten hingewiesen¹ — wird jedoch der Energieverbrauch nicht gedrosselt, das Angebot nicht gesteigert und die Substitution von Mineralöl durch andere Energieträger behindert. Höchstpreise führen dazu, daß sich der Nachfrageüberhang nur noch vergrößert und sich schwarze Märkte bilden. Abgesehen davon, daß bei einem gespaltenen Markt — die Preise für in- und ausländische Mineralölprodukte differieren stark — die Festlegung von Höchstpreisen schwierig ist, kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß dann die Versorgungslage erheblich schlechter wäre, als sie heute ist.

Höchstpreise setzen die Lenkungsfunction des Marktes außer Kraft; sie erfordern ein Verteilungssystem auf der Basis von Bezugscheinen und Kontingenten; überdies würde damit ein weiteres Stück Marktwirtschaft zu Grabe getragen.

40. Es spricht vieles dafür, daß die arabischen Förderländer den Ölpreis schrittweise weiter anheben werden, wenngleich nicht über jenen Punkt hinaus, bei dem sie befürchten müssen, daß verstärkte Substitution zu einer Minderung ihrer Einnahmen führen wird. Dieser Prozeß mag sich längere Zeit hinziehen; in der Zwischenzeit werden sie jedoch das Öl weiterhin als politische Waffe benutzen und die westlichen Industrieländer unter Druck setzen. Es wäre daher unsinnig, ja sogar gefährlich, durch Niedrighalten von Preisen den Prozeß der Energiesubstitution zu verzögern.

Der unausweichliche Strukturwandel, der durch die mittelfristig zu erwartende Verknappung und Verteuerung des Mineralöls erzwungen wird — der politische Boykott hat hier nur als Katalysator gewirkt, der den Prozeß beschleunigt hat —, sollte im Gegenteil durch wirtschaftspolitische Maßnahmen möglichst gefördert werden.

Richtiger — wenngleich unpopulär — wäre es mithin, die Preise für Mineralöl oder einzelne Mineralölprodukte weiter anzuheben, um die Energieverwendung zu beeinflussen und die

¹ Höchstpreisvorschriften für Energie. Gutachten vom 16./17. November 1973.

Energiesubstitution zu begünstigen. Dies könnte notfalls sogar in der Weise geschehen, daß der Ölverbrauch mit einer Sondersteuer belegt wird. Damit ließe sich am ehesten erreichen, daß die höheren Preise nicht allein den Ölproduzenten und den internationalen Gesellschaften, sondern auch dem Staat zugute kommen, der dadurch in die Lage versetzt würde, die Ausgaben für die Aufschließung und Entwicklung neuer Energiequellen aufzustoßen. Belastungen für die sozial schwächeren Schichten könnten durch finanzielle Hilfen ausgeglichen werden.

41. Ein solcher Schritt wäre antizipierter Strukturwandel und kein Rückfall in ein Autarkiestreben. Daher können andere Branchen hieraus keinen Anspruch herleiten, daß protektionistische Maßnahmen ergriffen werden. Zweifellos werden die Lieferbeschränkungen der arabischen Staaten solchen Strömungen neuen Auftrieb geben, zu Lasten der internationalen Arbeitsteilung. In der Bundesrepublik hat sich in dieser Hinsicht bereits ein deutlicher Wandel vollzogen: Unter dem Vorwand, gefährdete Arbeitsplätze sichern zu müssen, wird nun auch jenen Branchen wieder Hilfe zuteil, denen vordem ein Gesundheitschumpfen zugemutet worden war. Der bessere Weg scheint indes der zu sein, die öl- und rohstoffproduzierenden Länder so in den Prozeß der internationalen Arbeitsteilung zu integrieren, bis sie ebenso von den Industrieländern abhängig sind, wie diese von den Entwicklungsländern.

Fortsetzung des Stabilisierungskurses unerlässlich

42. In den letzten Wochen hat sich die konjunkturelle Landschaft in der Bundesrepublik merklich verändert, zugleich hat sich damit der Zielkonflikt zwischen Stabilisierung des Preisniveaus und Erhaltung der Vollbeschäftigung verschärft. Seitdem sich in der Öffentlichkeit die Auffassung durchsetzt, durch die drohende Energiekrise sei nunmehr die Rezession unabwendbar, wächst die Gefahr, daß die Verantwortlichen in ihren Stabilisierungsanstrengungen nachlassen und dem Beschäftigungsziel Vorrang einräumen.

Einem starken Rückgang der Beschäftigung muß der Staat zwar entgegenwirken. Die Verpflichtung, die Gefahren der Rezession zu mildern, kann jedoch nicht heißen, jeden Arbeitsplatz zu erhalten. Denn dies hieße, die Tarifparteien aus ihrer Verantwortung für Absatz und Beschäftigung zu entlassen.

43. Im Zentrum aller konjunkturpolitischen Überlegungen steht nach wie vor die Lohnpolitik. Auch wenn sich die Auswirkungen der drohenden Energiekrise noch nicht abschätzen lassen, so ist es doch unbestritten, daß das Angebot an Gütern und Diensten und mithin der Spielraum für eine Erhöhung der Realeinkommen aller Arbeitnehmer 1974 — wenn überhaupt — allenfalls nur noch wenig zunehmen wird. Für die Lohnpolitik bedeutet dies eine noch stärkere Zurückhaltung, als ohnehin geboten war.

Es mag paradox klingen: Eine zurückhaltende Lohnpolitik ist in der gegenwärtigen Situation eine soziale Lohnpolitik. Sie würde am ehesten dem Versprechen des Bundeskanzlers gerecht, daß nicht jeder seinen Arbeitsplatz behalten, aber jeder einen Arbeitsplatz haben wird. Im Interesse der Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes sollten sich gerade die Gewerkschaften zum Fürsprecher maßvoller Tarifabschlüsse machen.

44. Ein Zurückschrauben der Lohnforderungen ist auch deshalb geboten, weil — wegen der höheren Mineralölpreise, die die Verbraucher in der Bundesrepublik an die Förderländer und an die internationalen Gesellschaften zu zahlen haben — selbst der geringe Zuwachs an realem Sozialprodukt, der allenfalls zu erwarten ist, nicht mehr voll an die Inländer verteilt werden kann. Während nämlich bislang die Bundesrepublik davon

profitierte, daß sich die Austauschrelationen im internationalen Handel (Terms of Trade) zu ihren Gunsten verbesserten, wird sich diese Entwicklung nun wohl umkehren zugunsten der ölproduzierenden Länder. Der Versuch, die steigenden Ölpreise und ihre Folgen lohnpolitisch einzufangen zu wollen, würde die Inflation noch weiter anheizen.

45. Ein rascher Kurswechsel der Konjunkturpolitik könnte die Gefahr eines Beschäftigungseinbruches allenfalls auf kurze Sicht verringern. Es wäre ein Pyrrhussieg. Geringe Erfolge bei der Erhaltung des Beschäftigungsstandes würden mit hohen Einbußen beim Stabilisierungsziel erkaufte. Auf die Dauer ist für die Beschäftigung nichts gewonnen, wenn man die Stabilisierungsaufgabe immer wieder vertagt; früher oder später stellt sich das Problem nur in größerer Schärfe.

Es besteht der begründete Verdacht, daß mit den bevorstehenden konjunkturpolitischen Beschlüssen der Stabilisierungskurs verlassen wird. Dies gilt auch dann, wenn die Maßnahmen vorgeblich nur die Schwierigkeiten einzelner Branchen mildern sollen. Konsequente Stabilisierungspolitik heißt aber, auch partielle Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen. Lockert die Konjunkturpolitik jetzt die Bremsen, so wird sie auch künftig von den Tarifpartnern immer wieder unter Druck gesetzt werden. Denn lockern heißt, für eine ausreichende monetäre Nachfrage zu sorgen, damit die Überwälzung von Kostensteigerungen gelingt.